

# Vogtletter

## In dieser Ausgabe:

Auf Seite 2 geht es um die **private Freie Universität Plauen**. Daneben sind hier **Verbesserungen beim Meister-BAföG** Thema.

Mit der **geschichtlichen Scheinheiligkeit der sächsischen CDU** beschäftigt sich Rolf Schwanitz in seinem Kommentar auf Seite 2.

Der **Plakatwettbewerb zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns** ist Thema auf der dritten Seite. Außerdem wird hier über weitere **Verbesserungen bei der Arzneimittelsicherheit** berichtet.

Die **Gründung der SDP stellte die Machtfrage in der DDR**, wird auf Seite 4 festgestellt. Darüber hinaus geht es auf dieser Seite um den **gescheiterten Erpressungsversuch des CDU-Kultusministers in Sachen Plauener Kemmler-Mittelschule**.

Auf Seite 5 können Sie sich einen **Sozi frei Haus** holen, und es gibt einen Bericht über eine **politische Bildungsfahrt ehrenamtlich engagierter Vogtländer nach Berlin**.

Auf der letzten Seite zeigt sich das **Breitband-Projekt des Vogtlandkreises als ein unbekanntes Wesen**. Und die **frechen Strolche** beschäftigen sich mit der Frage, **was Plauen alles noch zur Weltmetropole fehlt**.

## Ein Sieg für die Selbstbestimmung

Der Bundestag hat in der vorletzten Sitzungswoche vor der Sommerpause nach jahrelanger, kontrovers geführter Debatte eine gesetzliche Regelung für Patientenverfügungen getroffen. Etwa 9 Millionen Menschen haben in Deutschland bereits eine Patientenverfügung, deren Bindungswirkung allerdings umstritten ist. Daher war eine gesetzliche Klärung notwendig. Der vogtländische SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz dazu: "Die Ängste der Bevölkerung, im Fall der eigenen Entscheidungsunfähigkeit gegen den eigenen Willen ärztlich behandelt zu werden, sind deshalb groß." Zur Entscheidung lagen dem Deutschen Bundestag verschiedene Gruppenanträge für eine gesetzliche Regelung vor. Bis zum Schluss versuchte die CDU/CSU-Fraktion mit allen Tricks das Gesetz für eine verbindliche Patientenverfügung zu verhindern. Bei den Abstimmungen setzte sich dennoch ein Gesetzentwurf zur Änderung des Betreuungsrechtes durch, der auf eine Initiative des SPD-Abgeordneten Joachim Stünker zurückgeht und bei dem Rolf Schwanitz Miteinbringer war. Danach soll dem Selbstbestimmungsrecht des Patienten möglichst weitgehend Geltung verschafft werden. Die Patientenverfügung bedarf zwar der Schriftform, ist jedoch formlos und kann jederzeit widerrufen werden. Regelmäßige Aktualisierungen und die Einholung eines fachkundigen Rates werden empfohlen. Die Verfügung muss von Arzt und Betreuer dahingehend geprüft werden, ob sie auf die konkrete Situation Anwendung findet. Im Falle unterschiedlicher Meinungen entscheidet das Vormundschaftsgericht. Schwanitz war nach dem Abstimmungsmarathon erleichtert: "Ich freue mich über das Abstimmungsergebnis sehr. Patienten, Angehörige, Ärzte und Betreuer erhalten jetzt endlich einen klaren rechtlichen Rahmen. Das war eine gute Entscheidung für das Selbstbestimmungsrecht in Deutschland. Das vormundschaftliche Menschenbild hat sich glücklicherweise nicht durchgesetzt."



## Rolf Schwanitz startet Wahlkampf-Homepage

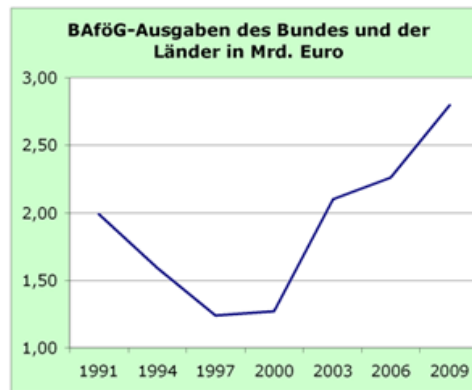


Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz hat seine für die Bundestagswahl 2009 überarbeitete Webseite frei geschaltet. Dort stellt er seine Wahlkreisbilanz und seine Ziele für die nächste Wahlperiode vor. "Ich will mich weiterhin für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Stärkung des Bildungsstandortes Vogtland und die Einrichtung von wohnortnahen Pflegestützpunkten einsetzen", sagte Schwanitz. Er stellt außerdem das SPD-Regierungsprogramm vor und lädt mit der Aktion "Sozi frei Haus" dazu ein, mit ihm ins Gespräch zu kommen. Dafür können sich die Bürgerinnen und Bürger im Vogtland online anmelden. Darüber hinaus sind Veranstaltungstermine und Informationen zum Wahlrecht sowie über seinen Plakatwettbewerb abrufbar. Zu finden ist das alles unter der bekannten Webadresse: [www.rolf-schwanitz.de](http://www.rolf-schwanitz.de)

## Meister-BAföG wird noch attraktiver

Seit dem 1. Juli ist das sogenannte Meister-BAföG verbessert worden. Wer sich beruflich fortbildet, erhält dafür künftig mehr Geld vom Staat. Fachkräfte, die sich auf einen Fortbildungsabschluss als Meister, Techniker oder Betriebswirt vorbereiten, werden künftig noch besser unterstützt. "Vor allem Fachkräfte mit Kindern profitieren von den Neuregelungen", sagte Rolf Schwanitz. So steigt beispielsweise der Höchstsatz für den Lebensunterhalt bei Alleinstehenden mit einem Kind von 854 Euro auf 885 Euro pro Monat. Davon werden künftig 334 Euro statt bisher 229 Euro als Zuschuss gewährt, der nicht zurückgezahlt werden muss. "Im Ergebnis heißt das: mehr Geld, weniger

Darlehenslast", resümierte der Abgeordnete. Außerdem wird Erfolg zusätzlich belohnt: Wer die Abschlussprüfung besteht, muss danach noch weniger Darlehen abbezahlen. Zudem können nun mehr Menschen gefördert werden und auch die förderfähigen Berufe wurden erweitert. Davon profitieren Teilnehmer an Aufstiegsfortbildungen in der ambulanten und stationären Altenpflege sowie zum Erzieher oder zur Erzieherin. "Insgesamt wird die Aufstiegsförderung attraktiver,



leistungsfähiger und wirkungsvoller", stellte Schwanitz fest. "Die SPD hat die Reform in der Großen Koalition durchgesetzt und aus dem Meister-BAföG ein echtes Aufstiegs-BAföG gemacht", freute sich der Abgeordnete. Ausführliche Informationen gibt es unter [www.meister-bafög.info](http://www.meister-bafög.info).

## Kurz kommentiert

### Tillich ist das Ende der Scheinheiligkeit

Ich erinnere mich noch gut an den Herbst 1989 und das folgende Frühjahr mit den ersten freien Wahlen. Mit der SDP hatte sich im Oktober die erste oppositionelle Partei in der DDR gegründet und damit das Machtmonopol der Kommunisten unmissverständlich in Frage gestellt. In dieser Zeit sprachen die Blockparteien noch immer vom Sozialismus in der DDR und der führenden Rolle der SED. Nicht wenige Vogtländer haben das auf Veranstaltungen der CDU oder LDPD bis in den Dezember 1989 hinein erlebt. Das hielt die früheren Blockparteien nicht ab, wenige Wochen später die SPD als verkappte Kommunisten zu diffamieren. Die Plakate der Allianz für Deutschland mit den ineinandergeschobenen Buchstaben von SED und SPD sind mir noch gut in Erinnerung. Die Rote-Socken-Kampagne gegen die SPD gehört seitdem zum üblichen Handwerkszeug von CDU-Wahlstrategen. Und nun? Nun ist ein Mann sächsischer Ministerpräsident, ehrt die Frauen und Männer der Friedlichen Revolution und fungiert in Plauen als Schirmherr des „Wende-Denkmal“, der als stellvertretender Vorsitzender des Rates des Kreises unzweifelhaft zum Machtapparat im SED-Staat gehörte. Wenn all dies eine Konsequenz haben soll, so muss es das Ende der geschichtlichen Scheinheiligkeit der sächsischen Union sein.

Rolf Schwanitz



## Vogtland beschließt Privat-Uni

Nun ist es amtlich: Die beiden größten Vogtland-Parlamente, der Kreistag und der Plauener Stadtrat, haben eine Stiftung zur Errichtung einer privaten Freien Universität Plauen beschlossen. Sie taten dies, obwohl die Warnungen unüberhörbar waren. Einstimmig waren die Voten allerdings nicht. Es gab beacht-

liche Gegenstimmen und Enthaltungen - nicht nur aus der SPD und der Linken sondern auch aus der CDU. Die Herren der Diploma waren in dreifacher Rolle präsent. Sie haben die Anträge erarbeitet, fungierten dann als Berater und rücken nun auch noch selbst in die Rektorsposten auf. Und sie haben sich mit viel Rhetorik bemüht, Bedenken zu zerstreuen und alles wie ein caritatives Projekt erscheinen zu lassen. Vor allem der Widerspruch zwischen der neuen Privat-Uni und der im Aufbau befindlichen Berufsakademie wurde rhetorisch verdeckt. Dabei konnte der Ausbau der Akademie gegenüber Dresden bisher nur durch den noch unbefriedigten Bachelorbedarf des Vogtlandes begründet werden. Dessen ungeachtet haben die Initiatoren ein Uni-Konzept vorgelegt,

das auch auf eine Bachelorausbildung für Abiturienten zielt. Ein konkurrierendes Bildungsangebot zur Berufsakademie ist also trotz gegenteiliger Beteuerungen vorprogrammiert. In einer nachgereichten Ergänzung wurden darüber hinaus sogar noch Andeutungen über eine duale Ausbildungsform an der Privat-Uni gemacht. Das würde die Konkurrenz zur Berufsakademie zusätzlich verschärfen. Der nun gefasste Beschluss ist vor allem in Richtung Dresden ein falsches Signal, das sich nach der Landtagswahl noch bitter rächen kann. Er ist eine Steilvorlage für eine neue unter ganz anderem finanziellen Druck stehende Staatsregierung, die nun ein bequemes Argument in den Händen hat, das Projekt "Campus Amtsberg" oder sogar den Ausbau der Berufsakademie selbst in Frage zu stellen.



Studentenproteste in Dresden  
Foto: Stura der Uni Leipzig

# Plakatwettbewerb gestartet

Der SPD-Bundestagskandidat im Vogtland, Rolf Schwanitz, veranstaltet einen Plakatwettbewerb zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Gesucht

wird das schönste Plakat zu diesem Thema. Der beste Wettbewerbsbeitrag wird von einer Jury gekürt und soll vor der Bundestagswahl am 27. September

2009 vier Wochen lang im Vogtland im Format A1 plakatiert werden. Dafür werden mindestens 200 Plakate eingesetzt. Der Gewinner erhält außerdem ein Grafiktablett Wacom Intuos3. Einsendeschluss für Beiträge zum Plakatwettbewerb ist der 31. Juli 2009. Der Jury gehören neben Rolf Schwanitz Dr. Lutz Behrens sowie Andy Darby an. Rolf Schwanitz ruft dazu auf, Werbung für eine gute Sache zu

machen und sich an dem Plakatwettbewerb zum Mindestlohn zu beteiligen. Er sagte: "Mit dem Plakatwettbewerb kann im Vogtland bei der Bundestagswahl 2009 nicht nur mitgewählt, sondern erstmals auch mitgestaltet werden. Ich freue mich schon auf viele phantasievolle und kreative Beiträge, die mich beim Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn unterstützen." Die genauen Ausschreibungsbedingungen und weitere Infos sind auf der Homepage von Rolf Schwanitz ([www.rolf-schwanitz.de](http://www.rolf-schwanitz.de)) zu finden. Als Ansprechpartner für Fragen zum Plakatwettbewerb stehen Silvia Wenzel und Martin Hahn unter Tel: 03741-3949773 oder E-Mail [rolf.schwanitz@bundestag.de](mailto:rolf.schwanitz@bundestag.de) zur Verfügung.



## Kurz gemeldet

### Beiträge zur Krankenversicherung bringen Steuervorteil

Ab 1. Januar 2010 können Beiträge für eine Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich deutlich besser geltend gemacht werden. "Insgesamt werden die Bürger dadurch dauerhaft um jährlich 9,5 Milliarden Euro entlastet", sagte Rolf Schwanitz. Ab dem kommenden Jahr werden alle Aufwendungen für eine Kranken- und Pflegeversicherung auf dem Niveau der Grundsicherung vollständig als Sonderausgaben berücksichtigt. Beiträge zur Krankenversicherung für Ehepartner, eingetragene Lebenspartner und Kinder sind ebenfalls von der Steuerbefreiung erfasst. Um die soziale Balance zu wahren, gelten die Neuregelungen ab kommendem Jahr gleichermaßen für gesetzlich wie privat Versicherte.

### Stange unterstützt "Campus Amtsberg"

Staatsministerin Eva-Maria Stange (SPD) hat ihre Unterstützung für das Projekt "Campus Amtsberg" zugesagt. Das war die wichtigste Botschaft anlässlich ihres Besuchs auf Einladung des SPD-Landtagskandidaten Bernd Stubenrauch in der Spitzenstadt zu Pfingsten. Die sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst wollte sich selbst ein Bild machen vom Areal und den Plänen vor Ort. Zuvor besichtigte sie das Spitzmuseum und erhielt dabei auch erste Informationen über das in Plauen geplante Zentrum für Stickerei und Plauer Spitze. Ministerin Stange machte noch einmal klar, dass der Ausbau der Studienakademie Plauen für den Fachkräftebedarf im Vogtland von entscheidender Bedeutung ist.

## Weitere Verbesserungen bei der Arzneimittelsicherheit

Am 18. Juni schloss der Deutsche Bundestag das Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung des Arzneimittelgesetzes ab. Die vom Deutschen Bundestag beschlossene Neuregelung verbessert die Arzneimittelsicherheit. Mit Ergänzungen zum Versorgungsauftrag des Großhandels werden die Strukturen für eine qualitativ gute Arzneimittelversorgung erhalten. Im Bereich homöopathischer und pflanzlicher Arzneimittel werden Erleichterungen geschaffen. Außerdem wird für eine bessere Patientensicherheit das Verbot von Arzneimittelfälschungen auf Wirkstoffe ausgedehnt. Nach Aussage des zuständigen Parlamentarischen Staatssekretärs Rolf Schwanitz wurden in den Ausschussberatungen darüber hinaus zahlreiche wichtige Änderungen insbesondere im Bereich des SGB V vorgenommen. So wird Selbst-

ständige und unständige bzw. kurzzeitig Beschäftigten als zusätzliche Option neben den Wahlтарifen die Wahl des "gesetzlichen" Krankengeldanspruchs ab der siebten Woche der Arbeitsunfähigkeit ermöglicht. Schwanitz wies auch auf die verbesserte Transparenz im Bereich der Ärztevergütung hin: "Künftig muss der Bewertungsausschuss vierteljährlich Daten zur Entwicklung der Ärztevergütung in den einzelnen Kassenärztlichen Vereinigungen ermitteln." Besonders am Herzen lagen Schwanitz die Änderungen zur Finanzierung von Hospizen. So übernimmt bei den stationären Hospizen die GKV die zuschussfähigen

gen Kosten unter Anrechnung der Leistungen der Pflegeversicherung künftig in vollem Umfang. Außerdem wird hier der Mindestzuschuss von 6 auf 7 Prozent der monatlichen Bezugsgröße angehoben, und bei den ambulanten Hospizen werden künftig feste Zuschüsse zu den Personalkosten geleistet. "Damit entstehen bundesweit gleiche Finanzierungsbedingungen", hob Schwanitz hervor.



© Siggibau/PIXELIO ([www.pixelio.de](http://www.pixelio.de))

## Die Gründung der SDP stellte die Machtfrage in der DDR

Am 10. Juni fand im Plauer Malzhaus eine spannende Diskussion zum Thema 20 Jahre Friedliche Revolution statt. Im Mittelpunkt des Abends stand die Gründung der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP) am 7. Oktober 1989 und die Ereignisse in der Region. Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung diskutierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz mit wichtigen Zeitzeugen. Mit dabei waren Markus Meckel, der vor 20 Jahren gemeinsam mit Martin Gutzeit den Anstoß zur Parteigründung gab, sowie Harald Seidel aus Greiz, der Mitgründer der SDP in Schwante war, und Hans-Joachim Wunderlich, der zur Gründergruppe der Partei in Plauen gehörte. Die Diskussion enthielt interessante Details über die damaligen Ereignisse und wurde von den Zuhörern mit Spannung verfolgt. Ei-

nig war man sich über die singuläre Bedeutung der SDP-Gründung für die Friedliche Revolution. Anders als bei sonstigen Gruppen und Bewegungen der Opposition stellte die Gründung der SDP die Machtfrage im SED-Staat. Die SDP wurde deshalb von den Kommunisten auch als eigentlicher Gegner begriffen. Hans-Joachim Wunderlich erinnerte daran, dass die Abhöraktionen der Stasi sogar bis ins erste Büro der Plauer Sozialdemokraten reichten. Erinnert wurde auch an die besonderen Schwierigkeiten für die Sozialdemokraten als eine neue Partei, die vor Ort we-



der auf Personal noch Organisation zurückgreifen konnte. Unvergessen ist auch, dass viele Funktionäre der Blockparteien im Herbst 1989 noch das Lied von der Führungsrolle der SED sangen und wenige Wochen später ohne Skrupel die Sozialdemokraten als Kommunisten diffamierten. Solche Veranstaltungen sind wichtig, waren sich die Teilnehmer einig. Wir haben 1989 ein wichtiges Kapitel der Friedlichen Revolution geschrieben!

## Vor 20 Jahren

**5.7.1989:** Es wird bekannt, dass Westberlin im ersten Halbjahr 1989 15.000 Übersiedler aus der DDR und Polen aufgenommen hat

**7.7.1989:** Der Warschauer Pakt widerruft die Breschnew-Doktrin, welche die Souveränität der Mitgliedstaaten des Pakts einschränkte

**8.7.1989:** Bei der Jahrestagung des Warschauer Pakts gibt es Streit zwischen Befürwortern und Gegnern von Reformen

**10.7.1989:** In Sowjetischen Kohlerevierern wird für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gestreikt

**17.7.1989:** Die ungarischen Befestigungen an der Grenze zu Österreich werden abgebaut, dadurch ergibt sich für DDR-Bürger eine Fluchtmöglichkeit in den Westen

**22.7.1989:** Zehn DDR-Bürger können innerhalb von drei Tagen nach Bayern und Niedersachsen flüchten

**24.7.1989:** Martin Gutzeit und Markus Meckel veröffentlichen einen Initiativaufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR

**26.7.1989:** 14 DDR-Bürger können innerhalb von 24 Stunden von Ungarn nach Österreich flüchten

**28.7.1989:** An der Grenze zu Österreich sind von Ungarn inzwischen 117 der 260 elektrischen Signalanlagen abmontiert worden

**31.7.1989:** Der Oberste Sowjet streicht den Straftatbestand "antisowjetische Propaganda und Agitation" aus dem sowjetischen Strafgesetzbuch

## Wöllers Erpressungsversuch gescheitert

Anfang Juni 2009 wandte sich Schwanitz gegen den Erpressungsversuch von CDU-Kultusminister Wölller gegen die Stadt Plauen. Wölller versuchte durch einen Fördermittelbescheid des Konjunkturpakets II die Stadt Plauen zur Schließung einer Mittelschule zu zwingen. In dem Förderbescheid der Sächsischen Aufbaubank hieß es: *"Der Förderbetrag ist verzinst zu erstatten, wenn bis zum 31.01.2011 die Aufhebung der Dittes-Mittelschule oder einer anderen Mittelschule in Plauen nicht nachgewiesen ist."* Der sächsische Kultusminister Wölller (CDU) betreibe damit ein perfides Spiel, so Schwanitz. Wenn Wölller seine Schulschließung nicht durchbekommt, dann sollen die Kinder in der Kemmlerschule auch kein saniertes Dach bekom-

men! "Hier werden Kinder zu Geiseln einer verfehlten Schulpolitik gemacht. Ein solches Verhalten ist für einen Schulminister untragbar. Wenn das nicht umgehend aufgehoben wird, bleibt Wölller nur noch der Rücktritt", so Schwanitz verärgert. Da der SPD-Bundestagsabgeordnete nicht einsehen wollte, dass der CDU-Minister seine Politik nach Gutscherarten mit dem Steuergeld des Bundes

macht, schaltete er nicht nur die SPD-Minister in der sächsischen Staatsregierung, sondern auch das Bundesfinanzministerium ein. Inzwischen musste Wölller zurückrudern und hat die Rücknahme des Förderbescheids angekündigt.



Kemmler-Mittelschule in Plauen wird nun doch saniert

## Holen Sie sich einen Sozi nach Haus

**Sozi frei Haus**

Sie wollen gerne mal mit Rolf Schwanitz ins Gespräch kommen? Kein Problem, diesen Sozi liefern wir frei Haus! Laden Sie einfach ihre Nachbarn, Freunde, Kollegen oder Bekannten zu sich nach Hause ein und Rolf Schwanitz kommt vorbei. Und er bringt je nach Tageszeit etwas Leckeres zu Essen mit. Es gibt nur eine Bedingung: Mindestens fünf Teilnehmer! Melden Sie sich einfach unter Telefon 03741-134118 oder [www.rolf-schwanitz.de](http://www.rolf-schwanitz.de) für einen Termin an, um in lockerer Runde mit Rolf Schwanitz über alles zu reden, was ihnen unter den Nägeln brennt. Viel Spaß!




den vogtländischen SPD-Politiker kennenlernen oder seine Fragen und Anregungen vorzubringen. Trotzdem wollen Sie gerne mal mit Rolf Schwanitz ins Gespräch kommen? Kein Problem, dieser Sozi wird jetzt frei Haus geliefert! Laden Sie einfach ihre Nachbarn, Freunde, Kollegen oder Bekannten zu einer lockeren Gesprächsrunde zu sich nach Hause ein, und Rolf

immer schon mal stellen wollten. Dabei können Sie Rolf Schwanitz nach Herzenslust ausfragen und im persönlichen Gespräch über Politik und alles, was Ihnen sonst so unter den Nägeln brennt, diskutieren. Rolf Schwanitz bringt je nach Tageszeit und Absprache mit Ihnen etwas Leckeres zu Essen mit. Abhängig von der Teilnehmerzahl (es sollten mindestens fünf Teilnehmer sein) sind für den Besuch ein bis zwei Stunden vorgesehen. Interessierte können sich auf der Webseite von Rolf Schwanitz für die Aktion "Sozi frei Haus" anmelden. Das Büro von Rolf Schwanitz meldet sich dann zurück und spricht Termin, Ort, und alles weitere ab. [www.rolf-schwanitz.de](http://www.rolf-schwanitz.de)

## Kurz gemeldet

### EU-Agrarzahlungen

Seit Mitte Juni können auf [www.agrar-fischerei-zahlungen.de](http://www.agrar-fischerei-zahlungen.de) Informationen über Empfänger von EU-Zahlungen aus den europäischen Agrarfonds "Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)" und "Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)" sowie aus dem "Europäischen Fischereifonds (EFF)" recherchiert werden. Veröffentlicht werden neben dem Namen und dem Ort des Zahlungsempfängers auch die Höhe und Art der Subventionen. Die Informationen sind über eine Suchfunktion zugänglich, die es den Nutzern ermöglicht, eine Suche nach Name, Gemeinde, den Zahlungsbeträgen oder einer Kombination dieser Kriterien durchzuführen.

### Organspendekampagne

Anfang Juni startete die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ihre Kampagne zur Organspende. Außerdem wurden die Sprechzeiten des Infotelefon Organspende 0800-9040400 ausgedehnt (Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr, Samstag 9 bis 13 Uhr) und die Anzahl der Telefonexperten erhöht. Nach der jüngsten Umfrage der BZgA haben inzwischen 17 Prozent der Befragten einen Organspendeausweis, 2001 waren es noch 12 Prozent. Rolf Schwanitz erklärte dazu: "Dieser positive Trend muss weiter gestärkt und das Bewusstsein für die Bedeutung der Organspende in der Bevölkerung noch deutlich erhöht werden." Schwanitz selbst wirbt seit langem für die Organspende im Todesfall und bietet auf seiner Homepage an, Organspendeausweise kostenlos zuzusenden.

Nicht jeder, der politisch interessiert ist, hat Zeit und Lust, zu politischen Veranstaltungen zu gehen. Dort ist auch selten genug Zeit,

Schwanitz kommt vorbei. In lockerer Atmosphäre, beim Grillen oder einer Tasse Kaffee können Fragen besprochen werden, die Sie

## Berlin war wieder eine Reise wert

Auf Einladung von Rolf Schwanitz nahmen knapp 50 überwiegend ehrenamtlich engagierte Vogtländerinnen und Vogtländer vom 10. bis 12. Juni an einer politischen Bildungsfahrt nach Berlin teil. Dort angekommen, stand zunächst ein Besuch im Bundesinnenministerium an. Hier führte ein Referent in kurzweiliger Weise über die Arbeit des BMI aus. Einen wunderschönen Ausklang fand der Tag mit einer

Spreerundfahrt durchs abendliche Berlin. Der nächste Morgen startete mit einer dreistündigen Standrundfahrt, orientiert an politischen Punkten. Der folgende Besuch im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde vor allem genutzt, um sich über den aktuellen Planungsstand der Ortsumgehungen im Vogtland sowie die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale zu informieren. Im

Reichstagsgebäude wurde am Nachmittag der Plenarsaal des Deutschen Bundestages besichtigt, und ein Vortrag stellte die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments dar. In einer angeregten Diskussion stand danach Rolf Schwanitz Rede und Antwort. Der abschließende Besuch der Glaskuppel und Dachterrasse fiel wegen Regenwetters leider sprichwörtlich ins Wasser. Der letzte Vormittag wurde zu einem Besuch im Jüdischen Museum genutzt. Hier gab es viel Wissen und interessante Details über die jahrhundertelange Geschichte der jüdischen Gemeinde in Deutschland zu erfahren. Als sich die Gruppe dann wieder auf den Heimweg ins Vogtland machte, fiel das Fazit der Teilnehmer durchweg positiv aus. Berlin ist immer wieder eine Reise wert.



Die Besuchergruppe aus dem Vogtland gemeinsam mit Rolf Schwanitz unter der Kuppel des Reichstags

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030-2277937  
Fax: 030-22776937  
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13  
08523 Plauen  
Tel: 03741-134118  
Fax: 03741-708483  
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

### Sie finden mich auch im Internet:

[www.rolf-schwanitz.de](http://www.rolf-schwanitz.de)

### Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

6.7.2009, 18 Uhr, "Sozi frei Haus" in Adorf

7.7.2009, 14 Uhr, "Sozi frei Haus" in Adorf

10.7.2009, 18 Uhr, Präsidium der SPD-Sachsen

14.7.2009, 15 Uhr, Besuch Bundesminister Wolfgang Tiefensee in Reichenbach

20.7.2009, 12 Uhr, Feierlicher Baubeginn der Ortsumgehung Waldenburg

21.7.2009, 19 Uhr, Diskussion mit Besuchergruppe in Berlin

22.7.2009, 10 Uhr, Sitzung des Bundeskabinetts

22.7.2009, 16 Uhr, Besuch der unabhängigen Patientenberatungsstelle Leipzig

### Die nächsten Bürger-sprechstunden:

Zur Zeit finden die Sprechstunden von Rolf Schwanitz nur nach individueller Terminvereinbarung statt. Anmeldungen können telefonisch oder auf der Homepage von Rolf Schwanitz vorgenommen werden.

## Breitband-Projekt im Vogtland – das unbekanntere Wesen!

Am 2. Juni fand auf Einladung des SPD-Ortsvereins Dreiländereck in Posseck eine Diskussion zur Breitbandversorgung im Vogtland statt. Dabei informierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz über die Fördermöglichkeiten des Bundes und der Länder. Mittlerweile können Breitband-Lösungen in Kommunen über verschiedene öffentliche Förderprogramme finanziell unterstützt werden. Der Bund hat darüber hinaus auch das Kommunale In-

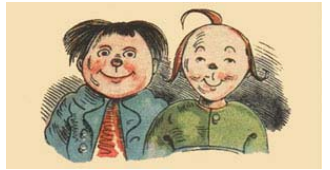
soll für die gesamte Region ein schneller hochwertiger Internetzugang geschaffen werden. Der Landrat sprach von 50 Megabit im Hauptbereich. Dabei will der Vogtlandkreis im Auftrage aller betroffenen Kommunen handeln und in einer beschlossenen Schrittfolge für die Verwirklichung des Projektes sorgen. Laut Beschluss des Kreistages sollte der Vogtlandkreis vorab Fördermittel beantragen für eine Voranalyse, mit allen Kommunen Verträge



vestitionsprogramm für die Förderung von Breitbandinvestitionen geöffnet. Das Bundeswirtschaftsministerium bietet zudem unter [www.zukunft-breitband.de](http://www.zukunft-breitband.de) viele Tipps für Kommunen. Kritische Anmerkungen gab es in der Diskussion aber auch zum Stand des Breitband-Projekts des Vogtlandkreises. "Seit einem Jahr gibt es im Vogtlandkreis große Ankündigungen, aber seit dem Beschluss der Kreistages im März ist nichts mehr zu hören", so Schwanitz zum Stand der Dinge. Dabei sind die Pläne des Vogtlandkreises durchaus beachtlich: Bis Ende 2010

abschließen über die Beauftragung des Landkreises, die Voranalyse veranlassen, die Ausschreibung für das Projekt erstellen, die Ausschreibung anschließend veranlassen und für die Umsetzung des Projektes sorgen. Da das 40 Millionen-Projekt zur Hälfte jeweils in 2009 und 2010 realisiert werden soll, häufen sich mittlerweile die kritischen Nachfragen der Bürger. "Nachdem das Breitband-Projekt des Vogtlandkreises mit soviel Tam-Tam gestartet ist, sollten die Bürger nun auch über den Stand der Dinge informiert werden", sagte Schwanitz.

### Freche Strolche



He Maxe, haste scho gehört, Plau is nu e Stadt mit drei Unversidädn!

Wieso'n das Moritz?

Maxe, du weest awer och garnischt. Als erschte war die aus Pilsen da, dann kam die aus Rumänien, wo der FDP-Günther Professor is, un nu ham mer noch eene neie private Uni daderzu gekrischt.

Drei Unis in Plau Moritz? Des gibst in Deutschland ja nur noch in Hamburch, München un Berlin!

So isse Maxe! Un desderweschn gehen de Pläne im Rathaus nu och noch weiter.

Was plane dien da im Plauer Rathaus Moritz?

Na en Wolkenkratzer, en Zoo un ne eischne U-Bahn, Maxe. Denn des is es einzsche, was Plau nu noch zur Weltmetropole fehlt!

### Neues Register gibt Bürgern Auskunft

Wie viel Kohlendioxid bläst der Industriebetrieb in der Nachbarschaft in die Luft? Welche Schwermetalle leitet er in Flüsse ein? Und in welche Länder exportiert der Betrieb seine Abfälle? Wer aus privatem oder beruflichem Interesse Informationen über Freisetzungen von Schadstoffen sucht, findet diese ab sofort im neuen Schadstoffregister (Pollutant Release and Transfer Register). Der Zugriff erfolgt online unter [www.prtr.bund.de](http://www.prtr.bund.de) und ist für alle Nutzer kostenlos.